

des Nordens oder die Wärme des Südens will, steht ja immer noch das elektrisch betriebene Schnellzugnetz bereit ...

Realismus, Demokratie und politischer Stillstand

Wenn man ausreichend Zeit für individuelle Gespräche hätte, könnte man wahrscheinlich 95 Prozent aller modernen Menschen davon überzeugen, dass das Leben in einer solchen autofreien Utopie besser wäre als der Status quo. Wie während der Corona-Pandemie kämen bestimmt sehr viele Menschen zu der Erkenntnis, dass ein solcher pandemisch verursachter Einschnitt in die moderne Normalität viele Aspekte des Lebens um einiges attraktiver und lebenswerter macht.

Dennoch könnte keine politische Partei ein demokratisch herbeigeführtes Ende des Automobils mit Erfolg zu ihrem Wahlprogramm machen. *Realistisch* betrachtet käme eine solche Forderung einem politischen Selbstmord gleich. Selbst die Grünparteien vermeiden es tunlichst, jemals laut von einem Autoverbot zu träumen, obwohl sie ohnehin regelmäßig damit assoziiert werden. Der mediale Backlash, die blanke Entrüstung der von der Autolobby gefütterten Parteien und Medien wäre unabwendbar. Die Stimmen, die von einem Diebstahl der Freiheit und diktatorischen Gelüsten schrien, würde jede vernünftige Debatte im Keim ersticken.

»Die Politik« im modernen, oftmals substantivierten, Sinn steht also am Eingang des Anthropozäns in einer Sackgasse, aus der sich kein offensichtlicher Ausweg anzeigt. Emanzipatorische, linke Politik ist sich bis heute unsicher, wie sie sich gegenüber dem Auto und seiner homogenisierenden Welt positionieren soll. Der katastrophale Lebensstil ist für so viele zur Normalität geworden, dass jeder Ausweg aus ihr als eine Bedrohung des eigenen, »hart erkämpften« Lebensstils erscheint. In den unzähligen Meinungsumfragen, Mediendebatten und repräsentativen Stimmabgaben wird das Bild einer öffentlichen Gemeinschaft produziert, der man realistischerweise nicht viele Änderungen zumuten kann. Schon der kleinste Schritt in Richtung einer Absage an Autoprivilegien, wie beispielsweise bei der Berlinwahl in Jahr 2023,¹ kann

1 Die Berlinwahl 2023 ist tatsächlich ein sehr eindrucksvolles Beispiel für die Grenzen der Aussagekräftigkeit des politischen Willens innerhalb der repräsentativen Demokratie in Krisenzeiten. Während noch im September 2021 eine überragende Mehrheit von 59,1 % für die Enteignung und Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen

in der nächsten Wahl abgestraft werden und zu einem ausgleichenden Kurswechsel ins Rückwärts führen. Die Resilienz der Moderne stabilisiert die Gemüter und Begehren auf eine katastrophale Weise, die *realistisch* nicht zu überkommen ist. Es ist der weiter oben erarbeitete Realismus des »Ist halt so«, der in den Domänen der Politik jegliche Hinterfragung des Normalen als *nicht normal* erscheinen lässt. Dieser Art Realismus stabilisiert so nicht nur den Status quo, sondern lässt darüber hinaus die Katastrophe als einzigen Ausweg erscheinen – und diese kann man eben *realistischerweise* nicht politisch fordern oder anstreben. »Mehr ist den Leuten halt nicht zuzumuten« oder »Man muss langsam vorgehen, um eine Änderung des Verhaltens zu begünstigen« sind dann die Rasonnements der Stunde in dieser medial produzierten und lebensweltlich stabilisierten Gemeinschaft. In den von den meisten als »die Politik« bezeichneten Strukturen der repräsentativen Demokratie, innerhalberer man bei nur einem Urnengang über so diverse und widersprüchlich ineinander verzahnte Themenbereiche wie u.a. Baurecht, Familienpolitik, Migration, Landnutzung, Verkehrsordnung, Steuer, Erbrecht, Klimapolitik, Genderpolitik und vieles mehr nur *eine* Stimme abgeben kann, scheint sich kein Bewegungsraum aus diesem Zustand der toxischen Normalität heraus aufzutun, selbst wenn immer mehr Wähler*innen abstrakt erkennen, dass wir da irgendwie herausfinden müssen.

Wie im letzten Abschnitt erarbeitet, sind die demokratisch hochgehaltenen Begriffe von Freiheit, Mobilität, Sicherheit, Selbstbestimmung, Unversehrtheit, Emanzipation, Geschlecht und Vernunft dermaßen mit dem prophetischen Maschinenleben der Gegenwart verwachsen, dass jede »freie«,

mit dem Volksentscheid »DW enteignen« gestimmt haben, fuhr nicht einmal einhalb Jahre später die sich stets klar gegen den Volksentscheid aussprechende CDU einen überragenden Wahlsieg von plus 10,2 % ein. Dieser große Erfolg der CDU wird von vielen Beobachter*innen großteils ihrer aggressiven Pro-Auto-Politik zugesprochen. Dies führt dazu, dass zwar 59,1 % der Wahlberechtigten in Berlin für die Enteignung von großen Immobilienkonzernen demokratisch gestimmt haben, im Berliner Senat allerdings nur eine Partei (Die Linke) mit bloß 12,2 % der Stimmen sitzt, die sich klar zu der Durchführung des Volksentscheids bekennt. Wie wir später noch genauer aufgreifen werden, nehme ich stark an, dass viele Kieze Berlins sich mehrheitlich für eine radikale Autoreduzierung aussprechen würden, die landesweite Politik dies aber überhaupt nicht repräsentiert. Besonders in Zeiten, die von Verwirrung und Unklarheit geprägt sind, reicht es demokratisch nicht mehr aus, mit einem Kreuz über so viele Themen gleichzeitig abstimmen zu müssen – dies verzerrt den eigentlichen Wählerwillen bis zur Unkenntlichkeit und kann kaum mehr als repräsentativ gelten.

»demokratische«, »sichere« und »selbstbestimmte« Politik (im Substantiv Einzahl) innerhalb der majoritären, zubetonierten Welt kaum etwas anderes machen kann, als danach zu trachten, den Status quo zu erhalten.² Wenn man »die Politik« daran misst, ob sie es schafft, die Überlebensbedingungen des Planeten und der Gesellschaft zu erhalten, dann muss man »der Politik« des vergangenen Jahrhunderts ein ziemlich fatales Zeugnis ausstellen – und dies gilt für beide politischen Blöcke, die dieses Jahrhundert prägten: den Staatssozialismus/Kommunismus und den Kapitalismus. In diesem Abschnitt werde ich anhand des Autos Erklärungen für dieses fatale Scheitern suchen. Wie auch bislang in diesem Buch verstehe ich das Auto hierbei nicht als singuläre Maschine oder »Buhmann«, sondern als extrem weitläufige Metapher, die ganz viele Zusammenhänge der Moderne vereint und sichtbar macht. Dieser Abschnitt beschäftigt sich also hauptsächlich damit, warum »die Politik« bisher an den *auch* vom Auto herbeigeführten Problemen gescheitert ist. Hierbei unterscheide ich begrifflich zwischen »der Politik« (eine abstrakte Kategorie) und diversen »politischen Bewegungen« (die konkret Wandel und Auswege durch Selbstermächtigung suchen). Die majoritäre Politik, die oftmals mit »denen da oben« assoziiert wird und an der sich wenige wirklich partizipierend fühlen, unterscheide ich hierbei von kleinteiligeren Bewegungen von Anderswelten, die mich gegen Ende des Abschnitts zu der in Kapitel 3 gestellten Frage, ob es eine »Politik gegen das Normale« geben kann, zurück führen wird. In den nächsten zwei Kapiteln, die eng miteinander verzahnt sind, werde ich mich den zwei Feldern widmen, von denen man sich innerhalb der Moderne die als notwendig erkannte und ersehnte Transformation am häufigsten erhofft (hat): der Technologie und der Linken. Bei beiden handelt es sich selbstverständlich nicht um homogene Felder oder eine einheitliche Akteur*in. Vielmehr versuche ich innerhalb dieser Kapitel gewisse prägende

-
- 2 Selbst wenn jedes Wahlplakat trotzdem mit dem Wandel, der doch kommen muss, wirbt: Im abstrakten, »geistigen« Wissen von der Notwendigkeit des radikalen Wandels bei gleichzeitiger Beibehaltung der materiellen, körperlichen und begehrlchen Verankerungen in der modernen Welt schreibt sich die cartesianische Körper-Geist-Trennung ins Anthropozän fort. Zunehmend *wissen* wir zwar alle, dass es so nicht weiter gehen kann – und trotzdem *fühlt* sich das Beibehalten des Status quo weiterhin viel bequemer und richtiger an, als irgendeine Alternative (Radfahren fühlt sich weiterhin todesgefährlich am Straßenrand an und Versuche der Subsistenzwirtschaft in Kommunen scheitern weiterhin an den realwirtschaftlichen Bedingungen einer industrialisierten Agrarwirtschaft.)

Tendenzen in beiden Bereichen zu skizzieren, die eine problematische Verhärtung des herrschenden Realismus der »alternativlosen« Moderne bewirk(t)en. Ganz schematisch könnte man sagen, dass die Technologie die prinzipielle Innovationshoffnung innerhalb des Kapitalismus darstellt, während ein wie auch immer konkret verstandenes »linkes« Programm die Lösung dieser Probleme mit einem Überkommen des Kapitalismus und seiner Gesellschaftsverhältnisse verbindet.³ Bei genauerer Betrachtung fällt diese Unterscheidung allerdings zusammen, denn auch viele Linke sind und waren eng verwoben mit einem massiven Technikglauben – genauso wie viele Kapitalist*innen glaubten, dass technische Innovation auch die soziale Struktur verändern wird.

Meine Konklusion wird sein, dass dasjenige, was wir heute landläufig als »die Politik« und »Demokratie« bezeichnen (und welches ich als ein schematisches Resultat der dialektischen Auseinandersetzung der beiden angesprochenen Politikfelder des letzten Jahrhunderts verstehe),⁴ nicht mit der Herausfor-

-
- 3 Da sich historisch die linke Strömung des Kommunismus gegenüber dem Anarchismus majoritär durchgesetzt hat (weil der Kommunismus Staaten gegründet/übernommen und vielfach Anarchist*innen verraten und ermordet hat) und es also bis heute viel mehr Institutionen gibt, die eine ideologische Verbreitung von marxistisch-kommunistischen Ansätzen fördern, widmet sich meine Analyse real-existierender linker Akteure in der Geschichte des 20. Jahrhunderts fast ausschließlich kommunistischen Ansätzen. Keine anarchistische Bewegung hatte jemals lang genug irgendeine Form von Macht oder Kontrolle inne, um Autos zu produzieren oder Autopolitik zu prägen. Wie sich im Laufe des verbleibenden Buchs zeigen wird, sehe ich darin ein großes Problem der historischen Linken sowie ein großes Potential der noch kommenden Linken, die sicher eher öko-anarchistisch als staats-sozialistisch geprägt sein muss. Für eine Skizze dieser »anderen«, ökologischeren Geschichte der Linken, die eher dem Anarchismus nahe steht, siehe Probst 2021.
- 4 Hier werden viele sicherlich einwenden, dass doch ganz klar der Kapitalismus gewonnen hat und man also nicht vom Resultat einer Vermengung der beiden Pole sprechen kann. Auch wenn ich gerne bereit bin zuzugestehen, dass das, was wir heute »den Kapitalismus« nennen, gegen den vermeintlichen Systemkonkurrenten des Kommunismus gewonnen hat, bin ich der von Karl Polanyi geprägten Ansicht, dass sich jede Wirtschaftsform – und also auch die kapitalistische – auch und besonders durch die Widerstände, die sie durch ihre erfolgreiche Durchsetzung auslöst, entwickelt. Die Entstehung des europäischen Sozialstaats, aber auch bloß das Verständnis von Maximalarbeitszeiten, Solidarität oder Pensionen wäre demnach kaum denkbar ohne die lange Widerstandsgeschichte der Arbeiterinnenbewegung etc. Die große Gefahr des gegenwärtigen Zustands besteht vielleicht darin, dass sich kein klarer Gegenpol findet, der der herrschenden Ordnung gewisse Zugeständnisse abfordert. Doch wie wir

derung des Autos im Speziellen und der Klimakrise im Allgemeinen zurecht kommen wird. Doch dies heißt keinesfalls, dass ich für eine Art Ökodiktatur, wie sie großteils von rechten Paranoikern an die Wand gemalt wird,⁵ einstehe. Genauso wenig halte ich eine Rückkehr in stalinistische oder maoistische Zeiten für etwas anderes als eine Katastrophe. Tatsächlich zeigt sich an der aktuellen Krise vielmehr an, dass der historische Kompromiss, den wir heute als »liberale« und »repräsentative Demokratie« bezeichnen, tatsächlich ein markantes Demokratiedefizit aufweist,⁶ welches wir schleunigst überkommen müs-

im Kapitel zur Linken sehen werden, halte ich die »kommunistischen« Staaten des 20. Jahrhunderts nur bedingt für eine wahre Alternative, da sie die tayloristischen und fordistischen Grundpfeiler des Kapitalismus euphorisch übernommen haben und damit keine notwendige, radikale Alternative zum maschinenfetischistischen Homogenozän entwickeln konnten.

- 5 Die rechts-liberale Angst vor der »Ökodiktatur« ist eigentlich die Angst vor dem Wieder-explicit-zu-Tage-Treten der autoritären-faschistischen Form, die das moderne Autogime erst ermöglicht hat (und untergründig weiter erfordert – siehe Kapitel 3 und 4). Sie ist das Ergebnis einer Projektion der zunehmend reaktionärer werdenden Modernen, denen sich unter wachsendem Widerstand aufdrängt, dass die weitere Durchsetzung und Aufrechterhaltung ihres konsumkapitalistischen Lebensstils diktatorischer Mittel bedarf (und dies in Randzonen und Sattelzeiten immer schon so war). Wie wir in Kapitel 3 gesehen haben, konnte sich das Autogime als majoritäre Mobilitätsform nur aufgrund der diktatorischen Einschnitte des Faschismus durchsetzen und konnte erst nach den Breschen des Krieges als »freie Wahl« erscheinen, die davor niemals mehrheitsfähig gewesen wäre. Derzeit mehren sich die Indizien, dass der Widerstand am »liberalen« Autogime wieder wächst – die Kinder kleben sich auf die Straßen und die Bobos fordern Radwege (überspitzt formuliert). Dies führt dazu, dass Verfechter*innen des automobilen Status quo wieder expliziter diktatorische Maßnahmen gutheißen müssen (Enteignungen für Autobahnbau, Staatsverfolgung von als »Terroristen« eingestuften Öko-Aktivist*innen etc.). Da dies ihrem eigenen Selbstverständnis als liberale Verfechter der Freiheit widerspricht, projizieren sie auf die Kräfte des ökologischen Wandels in einer Art Spiegelfunktion ihre eigenen, uneingestanden Verflechtungen mit der Form der Diktatur.
- 6 Hierbei folge ich lose David Graebers und David Weingrows (2021) Demokratie-Begriff, die diesen in einer dekolonialen Analyse von eurozentrischen Perspektiven lösen und zeigen, dass bis weit ins 19. Jahrhundert »Demokratie« für keinen europäischen Staat (und nicht mal die meisten Revolutionäre wie Lafayette, Washington oder Voltaire) eine wünschenswerte Staatsform darstellte (sowohl die französische wie die US-amerikanische Verfassung sprach stattdessen von einer »Republik«) und zumeist sogar bekämpft wurde (die US-Constitution schreibt explizit, dass sie Demokratie verhindern möchte). »Demokratie« ist demnach vielmehr etwas, welches Europäer*innen aus ihrer (zumeist gewaltsamen) Begegnung mit indigenen Regierungsformen in den

sen, um eine Chance auf ein nachhaltiges und freudigeres Leben auf diesem Planeten zu haben. Hierfür werden wir die inszenierte »Alternativlosigkeit«

Amerikas kennengelernt haben und über einen jahrhundertelangen kulturellen Verdauungsprozess mit Verwischung der Quellen sich dann irgendwann mal selbst zugeschrieben haben. Zudem ist zu bemerken, dass heutige sogenannte »Demokratien« sehr wenig mit ihren angeblichen Ursprüngen in Athen zu tun haben. Hierzu Graeber/Weingrow in *The Dawn of Everything*: »Moderne Staaten sind demokratisch, oder jedenfalls sollten sie es nach allgemeiner Auffassung sein. Doch die Demokratie in modernen Staaten ist ganz anders konzipiert als etwa die Funktionsweise einer antiken Stadtversammlung, die sich kollektiv über gemeinsame Probleme beriet. Vielmehr ist die Demokratie, wie wir sie heute kennen, ein Spiel von Gewinnern und Verlierern, das von überlebensgroßen Individuen ausgetragen wird, während der Rest von uns weitgehend zu Zaungästen degradiert wird. Wenn wir einen antiken Präzedenzfall für diesen Aspekt der modernen Demokratie suchen, sollten wir uns nicht an die Versammlungen von Athen, Syrakus oder Korinth wenden, sondern – paradoxerweise – an die aristokratischen Wettkämpfe der ›heroischen Zeitalter‹, wie sie in der *Ilias* mit ihren endlosen *Agonen* beschrieben werden: Rennen, Duelle, Spiele, Geschenke und Opfergaben. [...] die politischen Philosophen der späteren griechischen Städte betrachteten Wahlen eigentlich gar nicht als eine demokratische Methode zur Auswahl von Kandidaten für öffentliche Ämter. Die demokratische Methode war das Losverfahren, ähnlich wie die moderne Geschworenenwahl. Wahlen galten als aristokratische Verfahren (Aristokratie bedeutet ›Herrschaft der Besten‹), bei denen das gemeine Volk – ähnlich wie die Gefolgsleute in einer altmodischen, heroischen Aristokratie – entscheiden konnte, wer von den Wohlgeborenen als der Beste von allen gelten sollte; und Wohlgeborenen bedeutete in diesem Zusammenhang einfach all jene, die es sich leisten konnten, einen Großteil ihrer Zeit mit Politik zu verbringen. [Modern states are democratic, or at least it's generally felt they really should be. Yet democracy, in modern states, is conceived very differently to, say, the workings of an assembly in an ancient city, which collectively deliberated on common problems. Rather, democracy as we have come to know it is effectively a game of winners and losers played out among larger-than-life individuals, with the rest of us reduced largely to onlookers. If we are seeking an ancient precedent to *this* aspect of modern democracy, we shouldn't turn to the assemblies of Athens, Syracuse or Corinth, but instead – paradoxically – to aristocratic contests of ›heroic ages‹, such as those described in the *Iliad* with its endless *agons*: races, duels, games, gifts and sacrifices. [...] the political philosophers of later Greek cities did not actually consider elections a democratic way of selecting candidates for public office at all. The democratic method was sortition, or lottery, much like modern jury duty. Elections were assumed to belong to the aristocratic mode (aristocracy meaning ›rule of the best‹), allowing commoners – much like the retainers in an old-fashioned, heroic aristocracy – to decide who among the well born should be considered best of all; and well born, in this context, simply meant all those who could afford to spend much of their time playing at politics.]«

des sich mit Prothesen wie dem Auto selbst-stabilisierenden System der modernen Staatlichkeit überkommen und neue und alte Formen von Partizipation entwickeln müssen. Ich möchte mich hier allerdings nicht in die Position eines »abgeklärten Wissenden« begeben, der den Weg schon kennt (diese Sprecherposition ist viel zu eng mit der modernen Subjektphilosophie verwoben, die wir eigentlich überkommen wollen) oder ganz konkrete Policy-Empfehlung unterstützen möchte (siehe Kapitel 12). Auch wenn meine Analysen teilweise recht abgebrüht wirken, sind diese bloß als informierte Prognosen zu verstehen, ähnlich eines Wetterberichts: Zwar möchte ich behaupten, dass ich nach vielen Jahren Beschäftigung mit dem Thema eine etwas zuverlässigere Prognose als der Durchschnitt zu tätigen in der Lage bin, doch behaupte ich keinesfalls, so etwas wie Gewissheit über die Zukunft zu besitzen und bin mir darüber hinaus bewusst, dass jede Prognose auch eine essentiell offene Zukunft mit-determiniert. Genau aus diesem Grund sehe ich meine hier getätigten politischen Analysen als prognostische Intervention, mit der ich versuche, das Zukünftige möglichst positiv zu beeinflussen. Hierzu werde ich recht eklektisch verschiedene Materialien zusammentragen, die die gegenwärtige Paralyse der herrschenden Politik so erklären kann, dass aus dieser Erklärung ein utopischer Horizont und Handlungsspielraum entstehen kann. Gegen Ende des Abschnitts werde ich hierfür zu der in Kapitel 4 erarbeiteten Frage nach minoritären Politiken gegen das Normale zurückkehren und versuchen, der dort bloß gestellten Frage eine Antwort zu geben: Kann es eine Politik gegen das Normale geben? Dies wird mich direkt in den letzten Abschnitt zur Utopie führen, in der ich über gewisse Formen der utopischen Blasenbildung nachdenken und die Frage einer »Utopie der autofreien Welt« auf ihre ermächtigende Perspektive hin untersuchen möchte. Obwohl ich nicht glaube, dass eine konkrete Unterstützung *einer* politischen Linie uns aus der katastrophalen Normalität führen kann, glaube ich sehr wohl, dass es uns an gewissen politisch-lebensweltlichen Utopien mangelt, die uns die Sehnsucht nach einer anderen, besseren und zukunftsfähigeren Welt anregt.